

Das **Gedenkstättenkonzept** des Bundes muss weiterentwickelt werden. Insbesondere bei der Erhaltung und Erschließung der authentischen Stätten des SED-Unrechts besteht ein großer Nachholbedarf. Die Aufarbeitung des SED-Unrechtsstaates, insbesondere durch die Behörde der oder des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, muss konsequent fortgesetzt werden.

Wir bekennen uns zur **Künstlersozialversicherung** als einem wichtigen Instrument der Kulturförderung und der sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler. Bei der notwendigen Reform der Künstlersozialkasse muss es zu einem fairen Ausgleich der Interessen von Versicherten und den derzeit über Gebühr belasteten Verwertern kommen.

Die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** muss wieder die tragende dritte Säule deutscher Außenpolitik werden. Dieser wichtigen Bedeutung muss die finanzielle Ausstattung, die unter der rot-grünen Regierung stark zurückgefahren wurde, wieder angepasst werden.

„Im Vergleich zu SPD, CDU/CSU und Bündnis90/Die Grünen legt die FDP das bislang umfangreichste kulturpolitische Wahlprogramm vor. Die klaren Aussagen (...) machen deutlich, dass für die FDP Kulturpolitik ein wichtiges Thema ist.“

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

HOTLINE 11 885
KENNWORT: FDP
12 Cent pro Minute

FDP Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
Internet: kultur.fdp.de
E-Mail: kultur@fdp.de



KULTUR
braucht einen größeren
RAHMEN

kultur braucht einen größeren rahmen

Kunst und Kultur
sind Ausdruck der
Liberalen
Bürgergesellschaft.

FDP

Die Liberalen



Kunst und Kultur sind die Grundlagen der Gesellschaft. Sie dienen der Verständigung untereinander und sind Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln den Zustand einer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung voran. Die Förderung von Kunst und Kultur ist ein zentrales Anliegen der FDP. Wir setzen uns für eine deutliche Aufwertung der Kultur ein. Deshalb befürworten wir die Aufnahme der **Kultur als Staatsziel** in das Grundgesetz.

Neben der grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder und Kommunen trägt der Bund in wichtigen Bereichen der Kultur Verantwortung: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Kulturförderung in der Hauptstadt und den Neuen Ländern, Förderung von national bedeutsamen Einrichtungen und die Beteiligung an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sind Beispiele für **bedeutende Aufgaben des Bundes**, die das Engagement der Länder ergänzen. Hinzu kommt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes, die zur Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die Kultur genutzt werden muss. Bei der Kulturförderung hat sich der Grundsatz des **kooperativen Föderalismus**, der gemeinsamen Verantwortung unterschiedlicher politischer Ebenen, als sinnvoll erwiesen. Dennoch halten wir eine weitergehende Abgrenzung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten zwi-

schen Bund und Ländern für sinnvoll. Ziel dieser Bemühungen muss es sein, die überfällige und folgerichtige Zusammenführung der beiden großen Kulturstiftungen des Bundes und der Länder endlich zu realisieren.



Die Kultur benötigt eine starke **Vertretung innerhalb des Bundeskabinetts**, gegenüber der Öffentlichkeit und der europäischen Ebene. Daher setzt sich die FDP dafür ein, dass die Zuständigkeit für Kultur und Medien aufgewertet wird und künftig Kabinettsrang erhält.

Wir bekennen uns zur Verpflichtung des Staates, die Kultur zu schützen und zu fördern. Die Bewahrung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes, einschließlich der deutschen Sprache, sowie die Förderung innovativer Projekte sind dabei zwei Seiten einer Medaille. Eine verlässliche staatliche Förderung von Kultur ist zugleich die Grundlage für das unentbehrliche **Engagement der Zivilgesellschaft**. Mit einer echten Reform des Stiftungsrechtes wollen wir die Errichtung von Stiftungen erleichtern und zusätzliche Anreize für Zuwendungen schaffen.

Die **kulturelle Bildung** vor allem von Kindern und Jugendlichen zu fördern, ist eine grundlegende Verpflichtung des Staates. Sie vermittelt kulturelle Fähigkeiten und Werte und bringt eigenständige und verantwortungsvolle Persönlichkeiten hervor. Die Förderung der kulturellen Bildung ist eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft überhaupt.

Die **Kulturfinanzierung des Bundes in Berlin** braucht endlich ein klares Konzept. Transparenz und Objektivität bei der Vergabe staatlicher Fördermittel sind für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuermitteln und eine staatsferne Förderung von Kultur unerlässlich.